



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Corona-Pandemie
Az.: 504-1/ga
Tel.: 0391/56531-10
theel@landkreistag-st.de

14. April 2020

Rundschreiben Nr. 249/2020

Leopoldina-Forscher legen konkreten Fahrplan für Ende der Kontaktsperren vor

Kurzfassung:

Eine Arbeitsgruppe der Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften hat eine Stellungnahme „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“ vorgelegt, in der sie Empfehlungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie abgibt. Empfohlen wird u. a. eine schrittweise Öffnung des Bildungsbereichs, beginnend mit Grundschulen und der Sekundarstufe I. In höheren Stufen des Bildungssystems sollte eine Rückkehr zum gewohnten Unterricht wegen der besseren Möglichkeiten des Fernunterrichts später erfolgen.

Das öffentliche Leben könne schrittweise unter folgenden Voraussetzungen wieder normalisiert werden:

- a) Die Neuinfektionen stabilisieren sich auf niedrigem Niveau.
- b) Es werden notwendige klinische Reservekapazitäten aufgebaut und die Versorgung der anderen Patienten wieder regulär aufgenommen.
- c) Die bekannten Schutzmaßnahmen (Hygienemaßnahmen, Mund-Nasen-Schutz, Distanzregeln, zunehmende Identifikation von Identifizieren) werden diszipliniert eingehalten. Vorgeschlagen wird zunächst, den Einzelhandel und das Gastgewerbe wieder zu öffnen sowie den allgemeinen geschäftlichen und behördlichen Publikumsverkehr wieder aufzunehmen. Das Tragen von Mund-Nasen-Schutz sollte als zusätzliche Maßnahme in bestimmten Bereichen wie dem ÖPNV Pflicht werden.

Die Stellungnahme setzt sich insgesamt mit psychologischen, sozialen, rechtlichen, pädagogischen und wirtschaftlichen Aspekten der Pandemie auseinander.

Eine Arbeitsgruppe aus 26 Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachbereiche der Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften hat eine dritte Ad-hoc-Stellungnahme „Coronavirus-Pandemie - Die Krise nachhaltig überwinden“ (Stand: 13.4.2020) vorgelegt, die zentrale Empfehlungen für eine schrittweise Aufhebung der derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie enthält (**Anlage**).



Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Das Papier setzt sich mit psychologischen, sozialen, rechtlichen, pädagogischen und wirtschaftlichen Aspekten der Pandemie auseinander. Es gliedert sich in folgende Kapitel:

- Entscheidungsgrundlagen mit Daten und Modellen optimieren,
- Risikokommunikation verbessern und verantwortliches individuelles Verhalten fördern,
- psychische und soziale Folgen der Krise abfedern,
- Abwägungs- und Entscheidungsprozesse transparent gestalten,
- Bildungsbereiche schrittweise öffnen,
- mit nachhaltigen ökonomischen Maßnahmen die Krise überwinden.

Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass angesichts der durch die Corona-Pandemie verursachten psychischen, sozialen, wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Probleme die rasche Eindämmung der Ausbreitung der Pandemie höchste Priorität hat. Wenngleich die Pandemie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben allerdings noch auf Monate bestimmen wird, gelte es, über die akuten Einschränkungen zentraler Grundrechte wie die Bewegungsfreiheit hinaus Kriterien und Strategie zur allmählichen Rückkehr in die Normalität zu entwickeln.

Voraussetzung nach den Empfehlungen der Wissenschaftler **für eine** solche allmähliche **Lockerung** sei dabei, dass

- die Neuinfektionen sich auf niedrigem Niveau stabilisieren,
- das Gesundheitssystem nicht überlastet wird,
- Infizierte zunehmend identifiziert werden und
- die Schutzmaßnahmen (Hygienemaßnahmen, Mund-Nasen-Schutz, Distanzregeln) diszipliniert eingehalten werden.

Die nachhaltige Bewältigung der Krise müsse sobald wie möglich über die kurzfristigen Akutmaßnahmen hinaus die mittel- und vor allem langfristigen Konsequenzen mitbedenken.

Vorrangig sehen die Wissenschaftler eine **Optimierung der Entscheidungsgrundlagen** mit Daten und Modellen. Dazu müsse die Erhebung des Infektions- und Immunitätsstatus der Bevölkerung substanziell verbessert werden. Dies müsse durch longitudinale Testung regional unterschiedlicher Kohorten erreicht werden und erfordere eine weitere Erhöhung der Testkapazitäten. Der Prozess der Datenerfassung, Datenaufbereitung, Standardisierung und Integration in prognostische Modelle müsse substanziell verbessert werden und die traditionellen Melde- und Monitoring-Systeme sollten durch innovative Methoden aus der digitalen Epidemiologie ergänzt werden.

Gefordert wird eine **verbesserte Risikokommunikation** und die Förderung eines verantwortlichen individuellen Verhaltens durch unmissverständliche, kontextbezogene und die Aufklärung fördernde Informationen durch die zuständigen Stellen. Um Risiken realistisch einschätzen zu können, müssten absolute Zahlen durch **aussagekräftige Vergleiche** ergänzt werden. So müsse bspw. die Anzahl von an Covid-19 Verstorbenen ins Verhältnis gesetzt werden zu der Anzahl der in einem vergleichbaren Zeitraum in einer adäquaten Altersgruppe an anderen Erkrankungen Verstorbenen.

Mit Blick auf die Gesellschaft empfehlen die Wissenschaftler vorrangig auf **Appelle an die Eigenverantwortungen** und weniger auf Sanktionen zu setzen. Zudem sollte das zivilgesellschaftliche Leben schrittweise wieder ermöglicht werden. Im Hinblick auf die Zukunft der Zivilgesellschaft spreche alles für eine schrittweise Lockerung der aktuellen Maßnahmen sobald irgend möglich.

Im Hinblick auf das Abfedern der psychischen und sozialen Folgen der Krise wird an die Förderung des eigenverantwortlichen Umgangs mit der Corona-Pandemie appelliert („Was Sie selbst tun können“). Es bedürfe qualifizierter **Hilfsangebote** wie Hotlines und Webseiten zum Umgang mit Ansteckungsgefahren, Angst, Depression, häuslicher Gewalt etc., die niederschwellig und barrierefrei zugänglich zu machen seien. Zudem sollten Familien mit Betreuungs-, Beratungs- und Hilfsangeboten unterstützt werden.

Angemahnt wird des Weiteren eine **transparente Gestaltung der Abwägungs- und Entscheidungsprozesse**. Die vorgenommenen Grundrechtseingriffe müssten in Maß und Umfang in einem vernünftigen Verhältnis zu Ziel und Zweck der Maßnahme stehen. Als konkretes Beispiel wird erwähnt, dass eine vorbeugende Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen, bspw. älterer Menschen, allein zu deren eigenem Schutz als paternalistische Bevormundung abzulehnen wäre.

Eine der zentralen Empfehlungen der Stellungnahme betrifft den **Bildungsbereich**. Mit dem „Shutdown“ seien drei wesentliche Funktionen der Schule außer Kraft gesetzt:

- die auf das Lernen bezogene Strukturierung des Alltags,
- der das Lernen unterstützende und die gesellschaftliche Teilhabe einübende soziale Austausch mit Gleichaltrigen und Lehrkräften,
- die professionelle Rückmeldung auf Lernfortschritte.

Die Krise führt somit nach Einschätzung der Wissenschaftler insgesamt zu einem Rückgang der Betreuungs-, Lehr- und Lernleistungen. Zu befürchten sei, dass die Krise die in Deutschland ohnehin stark ausgeprägte soziale Ungleichheit in Bezug auf Zugänge zur Betreuung und Unterricht sowie in Bezug auf Lernleistungen und Bildungserfolge verstärke.

Angesichts dessen sollten die Bildungseinrichtungen schrittweise und nach Jahrgangsstufen differenziert wiedereröffnen. Dies sollte sobald wie irgend möglich erfolgen. Alle nachfolgend vorgeschlagenen Maßnahmen seien auf längere Zeit unter Einhaltung der Vorgaben zu Hygiene, Abstand, Mund-Nasen-Schutz, Testung und die Konsequenz der Quarantäne umzusetzen.

Vorgeschlagen wird im Bereich der **Grundschulen (Primarstufe)** zu beginnen, weil Kinder in diesen Bereichen die meiste Unterstützung und Anleitungen benötigten und die Eltern hier stärker auf Betreuungsleistungen angewiesen seien. Die schrittweise Normalisierung müsse mit deutlich reduzierten Gruppengrößen begonnen werden, um das Abstandsgebot besser einhalten zu können. Zu empfehlen sei eine **Konzentration auf Schwerpunktfächer (Deutsch und Mathematik in der Grundschule)**, die in aufgeteilten kleineren Gruppen einer Klasse zeitversetzt unterrichtet werden.

Lerngruppen müssten dabei konstant bleiben, um das Ansteckungsrisiko zu vermindern. Eine **Gruppengröße von maximal 15 Schülern** wäre möglich, wenn entsprechend große Klassenräume zur Verfügung stehen. Die so geschehene Öffnung müsse für die Eltern verlässlich sein. Eine **gestaffelte Pausenregelung** für die einzelnen Gruppen sei notwendig; der Schulhof dürfe nicht zum Austauschort für Viren werden.

Die **Öffnung der Grundschule** sollte mithin Kindern in den Abschlussklassen der Primarstufe begonnen werden, damit sie auf den Übergang in die weiterführenden Schulen vorbereitet werden können. Danach sollten stufenweise die vorangehenden Jahrgangsstufen folgen. Die Notfallbetreuung für die jüngsten Jahrgänge könne dementsprechend langsam zurückgenommen werden.

Im Bereich der **Kindergärten und Kindertagesstätten** sollte dieser Logik entsprechend ein Regelbetrieb mit reduzierter Gruppengröße (maximal 5 Kinder pro Raum) am Übergang zur Grundschule (Fünf- bis Sechsjährige) stattfinden. Da kleinere Kinder sich nicht an die Distanzregeln und Schutzmaßnahmen halten, gleichzeitig aber die Infektion weitergeben können, sollten die Kitas für die jüngeren Jahrgänge bis zu den Sommerferien weiterhin im Notbetrieb bleiben.

In Bezug auf die weiterführenden Schulen sollte der **Schulbetrieb** zunächst in jenen Jahrgangsstufen aufgenommen werden, die vor dem Abschluss stehen. Bei allen weiteren Jahrgängen sei ein **gestuftes Vorgehen** mit reduzierter Stundenzahl und mit Konzentration auf die Kernfächer (Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen) zu empfehlen.

In einem weiteren umfänglichen Kapitel setzten sich die Wissenschaftlicher mit nachhaltigen ökonomischen Maßnahmen zur Überwindung der Krise auseinander. Festgehalten wird diesbezüglich, dass die Bewältigung der Krise schnelle Entscheidungen für das ganze Land erfordere, womit eine Zentralisierung der Macht bewirkt werde. Gleichzeitig - so die Wissenschaftler - zeige sich der Vorteil des kooperativen Föderalismus der Bundesrepublik: „Er erlaubt die notwendige **Differenzierung nach regionalen Gesichtspunkten**, fördert die produktive Konkurrenz um die besten Lösungen und führt zumeist über Kompromisse zur notwendigen Gemeinsamkeit in den Ergebnissen.“

Aufgrund der gegenwärtigen Erfahrungen erscheine dennoch eine wirksame Stärkung von Bundeskompetenzen in Krisensituationen als wünschenswert, nicht zuletzt, um die Akzeptanz der ergriffenen Maßnahmen nicht durch schwer begründbare Vielfältigkeit zu gefährden.

In Bezug auf die **Wirtschafts- und Finanzpolitik** werden kurzfristige wie mittelfristige Maßnahmen wie die Instrumente der Kurzarbeit, Liquiditätshilfen, Steuerstundungen und Zuschüsse, im äußersten Notfall die Beteiligungen, mittelfristige Steuererleichterungen, das Vorziehen der Teilentlastung des Solidaritätszuschlags oder seine vollständige Abschaffung empfohlen.



Theel

Anlage